

benachbarten Ungarn stemmte man sich aus Sorge um die Auenwälder gegen das Projekt. Einen nennenswerten zivilgesellschaftlichen Protest gab es gegen Gabčíkovo in der Slowakei hingegen nicht.

Das rumänische Donaudelta war schon im 19. Jh. Gegenstand staatlicher Planungen; der Ausbau des Donau-Schwarzmeer-Kanals erfolgte in den 1950er Jahren auf Druck der Sowjetunion. Das Donaudelta blieb bis in die Ceaușescu-Ära eine Ressourcenquelle, die es auszubeuten galt. Eine Neubewertung des Deltas als touristischer Freizeitraum fand nicht statt, und auch die Idee der Nachhaltigkeit beeinflusste die Raumbilder der rumänischen KP kaum.

So unterschiedlich die Wassernutzungspläne in Rumänien und der Tschechoslowakei auch waren, so sehr glichen sich beide Länder in ihrem Versagen, die Aufbereitung industriell verschmutzter Abwässer in den Griff zu bekommen. Zwar gab es in der Tschechoslowakei weit reichende Wasserschutzgesetze, aber an deren Durchsetzung war die industriefreundliche politische Leitungsebene nicht sonderlich interessiert. Man verließ sich vielmehr auf das Potenzial der Flüsse, sich selbst zu reinigen. In Rumänien wurden Bau und Betrieb von Kläranlagen lange als nachrangiges Problem angesehen und gesetzlich kaum geregelt. In beiden Ländern fehlte das technische Know-how für den Bau von Kläranlagen, und das Bewusstsein der Bevölkerung für die Problematik blieb nur gering ausgeprägt. Die herrschenden Eliten stellten in beiden Ländern das Wirtschaftswachstum bis zuletzt über Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsziele, mit den eingangs beschriebenen negativen Folgen für die heimischen Gewässer.

Der Vf. kommt abschließend auf die Ausgangsfragestellung zurück, indem er seine Fallbeispiele mit verschiedenen Wasserbau-Großprojekten in Europa, Asien und den USA vergleicht. Š. resümiert, dass stets die gleichen Konzepte und Rhetoriken – wie etwa das Bild vom Kampf gegen die Natur – nachweisbar seien. Er nimmt dies als Beleg dafür, dass es in Hinblick auf Wasserinfrastrukturen keine nennenswerten Unterschiede zwischen kapitalistischen und sozialistischen Systemen gab. Die Grenze verlaufe vielmehr zwischen Befürwortern und Gegnern wasserinfrastruktureller Großprojekte. Der Widerstand sei aufgrund der schwachen Zivilgesellschaften in Mittel- und Osteuropa geringer gewesen als in manchen westlichen Staaten. Der Vf. verwirft daher die Chiffre des Ökozids als unpassend – dieser sei nicht Ursache, sondern Folge der allgemeinen Reformunfähigkeit im Staatssozialismus gewesen.

Die Darstellung des Autors beeindruckt dort, wo er Konzepte und Handlungsstrategien staatlicher Akteure mit umfangreichem Quellenmaterial belegt und nachvollziehbar macht. Die Analyse des sozialen Raumes im Sinne Lefebvres bleibt hingegen etwas blass, was wohl der Quellenauswahl geschuldet ist. So vermag die These, die lokale Bevölkerung habe eher passiv und allenfalls mit Wegzug auf die Infrastrukturprojekte reagiert, nicht vollständig überzeugen. Künftige Forschung kann an die Ergebnisse dieser Studie indes gut anknüpfen, um die Interaktion mittel- und osteuropäischer Gesellschaften mit Wasserinfrastrukturen stärker in den Blick zu nehmen.

Marburg – Wien

Silke Fengler

**Libor Židek: From Central Planning to the Market.** The Transformation of the Czech Economy, 1989-2004. Central European University Press. Budapest – New York 2017. XXXII, 482 S., Tab. ISBN 978-963-386-000-7. (€ 67,-)

In *From Central Planning to the Market* setzt sich der Wirtschaftswissenschaftler Libor Židek von der Masaryk-Universität in Brunn (Brno) mit „allen Aspekten“ (S. XIX) der tschechischen Wirtschafts- und Finanzreformen von 1989 bis zum EU-Beitritt 2004 auseinander. Der Vf. unterstützt seine über 500 Seiten umfassenden Ausführungen mit 148 Tabellen, 102 Grafiken sowie 60 Einschüben mit Erklärungen. Im Folgenden wird ein Überblick angeboten, und es werden einige Punkte der wichtigsten Kapitel zusammengefasst. Anschließend wird auf formelle wie inhaltliche Schwächen eingegangen.

Ž. beginnt das Buch mit einem Überblick über die planwirtschaftlichen Schwierigkeiten der Tschechoslowakei in den 1980er Jahren. Das zweite Kapitel widmet er der politischen Entwicklung bis 2004. Den ehemaligen Finanz- und Premierminister Václav Klaus porträtiert er als weisen Staatsmann, der einzelne Ziele nur wegen verängstigter Wähler, eigensinniger Parteimitglieder und schwacher Koalitionspartner verfehlt habe. Ein Jahr nach einer Finanz- und Wirtschaftskrise kamen daher bei vorgezogenen Neuwahlen 1998 die Sozialdemokraten an die Macht.

Im dritten Kapitel „Der Transformationsprozess im Allgemeinen“ umreißt Ž. auf nur sieben Seiten die frühen Reformbemühungen und den politischen Richtungsstreit über Prioritäten und Geschwindigkeit. Darauf folgt das wohl wichtigste, überdurchschnittlich lange Kapitel „Reformmaßnahmen und Wirtschaftspolitik“ (S. 67-133). Problematisch sei der bis 1995 festgelegte Wechselkurs gewesen, der eingeführt worden war, um die Inflation zu bremsen (was in Tschechien im Gegensatz zu Polen und Ungarn allerdings gelang). Trotz großer Sorgen, wie sich dies auf die gleichzeitig erfolgte Öffnung des Marktes auswirken würde, wurden mit dem 1. Januar 1991 85 Prozent der Preise freigegeben. Die Gehälter wurden bis 1995 immer wieder reguliert, was Ž. als unverhältnismäßig bemängelt.

Die Privatisierung begann 1991 im Sektor der Dienstleistungen und Kleinunternehmer. Ab 1992 wurden die großen staatseigenen Betriebe und Industrien schrittweise aufgelöst, u. a. mit der spezifisch tschechischen Variante der „Voucher“ (Coupons). Details hierzu spart sich Ž. für Kap. 7 auf. Schon vor der Rezession von 1997/98 schwand der Reformenthusiasmus und brachte, so der Vf., die Sozialdemokraten unter Miloš Zeman mit dem Versprechen, das Sparprogramm der Übergangsregierung zu beenden, an die Macht. Zeman setzte trotzdem Reformen der Klaus-Regierung fort, privatisierte zehn Jahre nach der Wende die letzten Banken, beschneidete die Unabhängigkeit der Zentralbank und regierte bis 2002 mit wachsendem Haushaltsdefizit.

Im Kapitel „Grundlegende Wirtschaftsindikatoren“ diskutiert Ž. die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Inflation. Anders als in den Nachbarländern habe man die Transformationsrezession bis 1992 gut überstanden und „nur“ 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts eingebüßt (S. 137). Die realen Gehälter sanken jedoch um über ein Viertel. Privatkonsum entwickelte sich nur zögerlich, Importe gingen meistens ins produzierende Gewerbe. Zudem lag 2003 die Arbeitslosenquote bei fast 10 Prozent.

Interessant wird es in Kap. 7 „Veränderungen der Besitzverhältnisse und Privatisierung“, wo Ž. u. a. die Arbeit des Staatlichen Eigentumsfonds (FNM), des tschechischen Pendantes zur Treuhand, und die zuvor mehrfach erwähnte „kleine“ wie „große“ Privatisierung erläutert. Der Vf. hält staatliche Institutionen wie den FNM für denkbar schlechte Unternehmer: Häufig seien Staatsbetriebe vor dem Verkauf heruntergewirtschaftet, schlecht oder gar nicht umstrukturiert und manchmal unnötig solvent gehalten worden. Endlich werden Erfolge und Nachteile des Voucher-Systems erklärt. Fälle von Vorteilsnahme durch das bestehende Management seien zwangsläufig vorgekommen, ohne sich aber gravierend auszuwirken. Die Privatisierung sei sicherlich nicht „problemfrei“ gewesen, aber eben nirgendwo „ohne Skandale“ (S. 246) abgelaufen. Ein schwacher institutioneller Rahmen habe kriminelle Aktivitäten ermöglicht.

Die zweite Privatisierungsphase endete 1995, das entsprechende Ministerium wurde 1996 aufgelöst. Die Sozialdemokraten hätten sich dann aber „überraschenderweise“ (S. 248) nach 1998 erneut bemüht, die verbliebenen Staatsunternehmen abzustoßen (z. B. Transgas, Škoda, Tatra Kopřivnice). Durchweg sei es eine der größten Herausforderungen gewesen, ausländische Investoren mit dem notwendigen Kapital und Knowhow für tschechische Unternehmen zu interessieren.

Nach jeweils einem Kapitel zu Banken und zu Unternehmen wendet sich Ž. der „Entwicklung von Institutionen“ zu. In diesem Kapitel argumentiert er, dass Kritiker voreilig und fälschlich urteilten, wenn sie die Geschwindigkeit und Form kritisierten, mit denen Institutionen und rechtliche Grundlagen der Marktwirtschaft in der Tschechischen Republik geschaffen worden seien. Probleme wie Korruption, Vorteilsnahme und Veruntreuung

(tunneling) seien auf „den bedauerlichen Zustand informeller Institutionen (Moral)“ zurückzuführen (S. 330). Es folgt jeweils ein Kapitel zu den Vergleichsstudien Ungarn und Polen, bevor Ž. auf zwölf Seiten ein knappes Resümee präsentiert.

Irritieren mag die in Teilen Osteuropas noch übliche Bezeichnung der staatssozialistischen Wirtschaft als „backward“ und des Regimes als „totalitarian.“ Ž.s Annahme einer strikten Trennung von Ost und West erstaunt ebenfalls. Alle drei hier diskutierten Länder verfügten über finanzielle und wirtschaftliche Westkontakte schon vor 1989. Viele Wissenschaftler und spätere Reformer, u. a. auch Václav Klaus oder Leszek Balcerowicz, hatten sich schon vor 1989 für Studium, Forschung und Konferenzen im Westen aufgehalten.<sup>1</sup> Es überrascht, dass die gestiegene soziale Ungleichheit oder der Unterschied zwischen Stadt (primär Prag) und Land nicht erwähnt wird.<sup>2</sup> Die Debatte um Restitution von Eigentum wird vom Vf. nur angeschnitten (S. 72). Dabei war die Entscheidung, nur nach 1948 erfolgte Enteignungen zu entschädigen, womit jüdischer oder deutscher Besitz ausgeschlossen wurde, durchaus kontrovers.

Ž. bedauert mehrfach, dass die osteuropäischen Märkte 1989 wegbrachen, nimmt diesen Umstand jedoch als gegeben hin und führt nicht aus, ob es Alternativen oder Kritik gegeben habe. Die Assoziierung und die Beitrittsverhandlungen mit der EU tauchen nur am Rande auf. Inwieweit die recht knappen Kapitel zu Ungarn und Polen zum Erkenntnisgewinn beitragen, ist fraglich. Bedauerlich ist, dass Ž. den einstigen Förderationspartner Slowakei nach 1993 komplett außer Acht lässt.

Es fehlt ein Literaturüberblick oder eine Klärung des aktuellen Forschungsstands über die Transformation(en) Osteuropas; „shock therapy“ und „Neoliberalismus“ werden erwähnt, aber nicht erklärt. Václav Klaus kommt am häufigsten zu Wort, seine Sicht gibt den Ton an. Generell werden Autoren oder Quellen nicht vorgestellt: Leser sollten bspw. hinter Havel nicht Václav vermuten, sondern Jiří, den Wirtschaftswissenschaftler und Berater von Klaus' Nachfolger Zeman. Wonach der Inhalt der Endnoten ausgesucht wurde, bleibt unklar. Einige der Erklärungskästen sind überlang oder überschneiden sich mit dem Fließtext.

Die Central European University Press bemüht sich, Wissenschaftler/inne/n aus der Region im internationalen Diskurs über ihre Heimatländer Raum zu verschaffen. Daher verwundert es, dass das Buch redaktionell nicht besser betreut wurde. Sprachliche wie inhaltliche Schnitzer hätten vermieden werden können. Die Übersetzung zeigt deutliche Schwächen (üblich ist z. B. „communist rule“ anstelle von „reign“; oft fehlen der bestimmte oder unbestimmte Artikel, andernorts sind sie überflüssig). So ist das Buch letztlich zu lang, stellenweise redundant und unklar strukturiert.

Lobenswert bleiben die Zeit und Mühe, die Ž. investiert hat, sowie die zahlreichen Statistiken. Interessierte sollten auf jeden Fall das vierte und siebte Kapitel studieren. Etwas Geduld vorausgesetzt, bietet das gesamte Buch denjenigen, die sich generell mit dem Thema beschäftigen, aufschlussreiche Informationen.

Baltimore

Victoria Harms

<sup>1</sup> Siehe JOHANNA BOCKMAN: *Markets in the Name of Socialism. The Left-Wing Origins of Neoliberalism*. Stanford 2011.

<sup>2</sup> Siehe bspw. den „Better Life Index“ der OECD: <http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/countries/czech-republic-de/> (30.04.2019), oder auch PHILLIP THER: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Frankfurt am Main 2014.